

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.11.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 19:30 Uhr

Sitzungsort:

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Behindertenbeauftragte

Scheer-Daniel, Barbara

Seniorenbeauftragter

Scholz, Klaus

Gernoth, Sylvia

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Jugendhilfeausschusses wurde durch Herrn Gebhardt, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, sowie durch Herrn Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, eröffnet. Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales nahm zeitgleich an der Sitzung des Bauausschusses teil.

Die Ladung zur Sitzung war ordnungsgemäß erfolgt. Die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse war gegeben.

2. Beschlussfassung der gemeinsamen Tagesordnung

Herr Gebhardt und Herr Hoffmann fragten an, ob es Ergänzungen zur vorliegenden gemeinsamen Tagesordnung gibt.

Herr Puttkammer stellte den Antrag, die Beschlussvorlage „Masterplan Kultur“ von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Bierbaum wies darauf hin, dass an stillen Feiertagen (hier konkret Buß – und Bettag) lt. Festlegung im Stadtrat keine Ausschusssitzungen stattfinden sollen.

Herr Gebhardt wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ursprünglich die Sitzung am 16.11.2010 stattfinden sollte. Dieser Termin wurde auf den heutigen 17.11.2010 verlegt, da am 16.11.2010 die Sondersitzung des Hauptausschusses gemeinsam mit dem Finanzausschuss stattgefunden hat.

Herr Puttkammer fragte nochmals an, ob der Einreicher die Beschlussvorlage „Masterplan Kultur“ zurückzieht.

Dr. Raschpichler: Die Beschlussvorlage wird nicht zurückgezogen. Er bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen. Die Vorlage soll nur zur Kenntnis genommen werden. In der morgigen Sitzung des Kulturausschusses, will er sich über die weitere Verfahrensweise äußern.

Frau Grabner wies darauf hin, dass sie die Sozialplanung etwas spät bekommen hat. Aus diesem Grund stellte sie den Antrag, diese Vorlage als Information zu sehen und eine Sondersitzung zum Thema herbeizuführen.

Herr Gebhardt bedankte sich zunächst bei der Verwaltung für die Erarbeitung der Sozialplanung. Die Unterlagen sind sehr umfangreich und in der heutigen Sitzung sollte keine Beschlussfassung erfolgen.

Dr. Raschpichler fragte nach Vorschlägen für die terminliche Beschlussfassung, da die Beschlussfassung des Stadtrates im Dezember erfolgen soll.

Frau Andrich schlug vor, einen Termin für die Sondersitzung spätestens in der nächsten Woche zu finden!

Herr Gebhardt schlug vor, beide Beschlussvorlagen von der Tagesordnung zu nehmen und in einem informellen Teil in einer Sondersitzung zu behandeln.

Dr. Raschpichler unterbreitete den Vorschlag, beide Vorlagen als Information in der heutigen gemeinsamen Sitzung zu behandeln.

Herr Hoffmann und **Herr Gebhardt** baten um Abstimmung zur Tagesordnung mit der Ergänzung, die beiden Beschlussvorlagen in Informationen umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis JHA: 12 / 0 / 0

Abstimmungsergebnis GSA: 5 / 0 / 2

3. Beschlussfassungen

3.1. Masterplan Kultur Vorlage: DR/BV/330/2010/V

Herr Hoffmann übergab das Wort an Herrn Dr. Raschpichler.

Herr Dr. Raschpichler wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, dass in dem heute hier vorliegenden Entwurf des Masterplans Kultur ein Jahr intensive Arbeit steckt. Er legte dar, dass es sich nicht um ein fertiges Papier, sondern um ein Diskussionspapier handelt, welches jetzt in die öffentliche Diskussion geht.

Es erfolgte eine umfangreiche Erläuterung durch ihn in Form einer Powerpoint-Präsentation, die im Anschluss an seine Ausführungen noch durch Frau Gebhardt ergänzt wurde.

An der folgenden kurzen Diskussion beteiligte sich **Frau Stöbe**. Sie erklärte, dass der Kulturausschuss grundsätzlich der Beschlussvorlage zugestimmt hat. Es gibt aber noch immer unterschiedliche Sichtweisen auf diesen Beschluss. Wir haben eine Arbeitsrichtung des Masterplanes Kultur beschlossen. Wir haben auch beschlossen, dass dieser Masterplan als Information in die Fachausschüsse eingebracht wird. Es ist etwas in Bewegung gekommen; kritische Stimmen sind willkommen, um weiterzuarbeiten. Wir sollten noch einmal darüber diskutieren, dass wir uns für den Masterplan Kultur Zeit nehmen. Die Stadt Oldenburg hat ihren Masterplan Kultur im Internet sehr publik gemacht und ist ein Beispiel für die Herangehensweise an die Erstellung dieses Masterplans.

Der Masterplan Kultur wurde als Information zur Kenntnis genommen.

3.2. Sozialplanung der Stadt Dessau-Roßlau 2010 Vorlage: DR/BV/459/2010/V

Herr Hoffmann übergab das Wort an Herrn Dr. Raschpichler.

Herr Dr. Raschpichler gab eine kurze Einführung in die Sozialplanung und wies darauf hin, dass durch Frau Gebhardt, Frau Paesold und Frau Förster die Teilpläne des Sozialamtes, des Jugendamtes sowie der Sozialatlas konkret erläutert werden.

Die Ausführungen der o. g. Personen erfolgten in Form einer Powerpoint-Präsentation.

Durch Frau Gebhardt erfolgte zunächst die Vorstellung zur Herangehensweise und Gliederung der Sozialplanung.

Frau Paesold erläuterte im Anschluss die Teilpläne 2, 3, 5 und 6 ausführlich.

Frau Förster erläuterte den Teilplan 4 (Kinder, Jugend und Familie)

Frau Gebhardt erläuterte zum Abschluss der Präsentation den Sozialatlas.

Nach Abschluss ihrer Ausführungen sprach sie den Dank an das gesamte Projektteam, das an der Erarbeitung der Sozialplanung mitgewirkt hat, aus.

Schwerpunkte der Präsentation waren Inhalt, Kernaussagen, Handlungsempfehlungen und die Übersicht der Teilpläne.

Frau Andrich: 2006 wurde begonnen mit der Sozialplanung für die Stadt Dessau, dann wurde im Ausschuss der Auftrag erteilt, einen Sozialplan für die Stadt Dessau-Roßlau zu erstellen. Das Ergebnis ist ganzheitlich, das vorliegende Zahlenmaterial sehr umfangreich. Das ist für die weitere Arbeit sehr wichtig.
Sie sprach ebenfalls ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

Frau Theune fragte an, ob die Info-Systeme mehrsprachig herausgegeben werden.

Dies wurde durch **Frau Gebhardt** bejaht.

Frau Dammann fragte wegen der Umwandlung Bürgerkarte an. Die Formulierung ist ihr nicht aussagekräftig genug.

Frau Paesold Die Bürgerkarte ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass es den Sozialpass der Stadt schon seit einigen Jahren gibt. Dieser Sozialpass soll erweitert werden, u. a. auch aufgrund der Einführung der Bildungs- und Teilhabegutscheine.

Die Sozialplanung der Stadt Dessau-Roßlau wurde als Information zur Kenntnis genommen.

4. Schließung der gemeinsamen Sitzung

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Jugendhilfeausschusses wurde um 18:30 Uhr beendet.

Die gemeinsame Sitzung des GSA und dem JHA wurde um 18:30 Uhr beendet.

Herr Hoffmann gab noch einmal den Hinweis, dass der JHA für den weiteren Sitzungsverlauf im Ratssaal verbleibt und der GSA seine Sitzung im Raum 226 fortsetzen wird

5. Eröffnung der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde planmäßig fortgesetzt.

6. Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Andrich beantragte, den Tagesordnungspunkt 10 aufgrund der Erkrankung der Behindertenbeauftragten von der Tagesordnung zu streichen.

Herr Gebhardt stellte den Antrag, die Tagesordnungspunkte 9.4. und 9.5. vorzuziehen. Die Ausschusmitglieder stimmten der Veränderung der Tagesordnung wie beantragt zu.

7. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Ausschusssitzung am 21.09.2010 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

8. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Frau Andrich fragte an, wann der Oberbürgermeister die Erklärung von Barcelona einreichen wird.

Der Oberbürgermeister, Herr Koschig, erklärte, sobald ihm die Erklärung zur Unterschrift vorliegt, wird er diese unterzeichnen. Die Erklärung ist schon Gegenstand des Verwaltungshandelns.

Frau Andrich fragte weiterhin nach der Zeitschiene.

Herr Koschig antwortete, dass er ohne die Anwesenheit des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur die Frage nicht beantwortet.

9. Beschlussfass- und Informationsvorlagen

9.1. Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II Variantenvergleich und Entscheidung der zukünftigen Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II ab 01.01.2012 Vorlage: DR/BV/431/2010/V

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Beschlussfassung:

1. Aufgrund des durchgeführten Variantenvergleiches, der damit verbundenen Risikoabwägung und vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Stadt Dessau-Roßlau ist das weitere Verfahren zur Antragstellung als zugelassener kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende für die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II ab 01.01.2012 einzustellen.
2. Die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II erfolgt ab 01.01.2011 in der Organisationsform der gemeinsamen Einrichtung (gE).

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

**9.2. Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II
Gründungsbegleitende Vereinbarung zur Bildung einer gemeinsamen
Einrichtung (gE) nach § 44b SGB II n. F. ab 01.01.2011
Vorlage: DR/BV/430/2010/V**

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Der OB, **Herr Koschig**, führte aus:

Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur hatte diese Vorlage in die DB des OB eingereicht. Diese Vorlage war verbesserungswürdig. Der OB hatte sowohl mit den Fachdezenten V und II als auch in der interfraktionellen Runde zu dieser Vorlage gesprochen und darüber diskutiert. Es gab die Vereinbarung, dass die Vorlage durch den Beigeordneten V eingebracht werden sollte. Der Beigeordnete V weigerte sich aber, diese Vorlage einzubringen, weil inhaltliche Veränderungen durch den OB und II während des Urlaub von V vorgenommen wurden. Aus diesem Grund trägt die geänderte Beschlussvorlage die Unterschrift des Oberbürgermeisters.

Frau Grabner fragte nach den Unterschieden zwischen den beiden Vorlagen.

Herr Koschig:

Es war ein Paragraph falsch angegeben.

Herr Behrens: Der Termin für die konstituierende Sitzung der Trägerversammlung hat sich verändert.

Frau Andrich:

Warum sind nicht wie bisher Mitglieder von Trägern auch Mitglieder im örtlichen Beirat lt. § 3 Abs. 2 Ziffer 3 c?

Herr Behrens:

Im Gesetz ist formuliert, dass die Vertreter, die an arbeitsbeschaffenden Maßnahmen partizipieren, nicht Mitglieder des Beirates werden können.

Frau Andrich:

Wie wird künftig die Berichterstattung erfolgen, vor dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales oder vor dem Stadtrat?

Der Oberbürgermeister, **Herr Koschig**, äußerte in Übereinstimmung mit Herrn Behrens, dass die Berichterstattung wie bisher im Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgen kann.

Herr Puttkammer erklärte, seine Fraktion hat sich verständigt, vorzuschlagen, dass nicht Herr Dr. Raschpichler Mitglied der Trägerversammlung tätig sein sollte, sondern die Amtsleiterin des Sozialamtes, Frau Paesold.

Frau Andrich erklärte, dass sie den Vorschlag der CDU-Fraktion zur Mitgliedschaft in der Trägerversammlung in ihrer Fraktion beraten möchte.

Der Oberbürgermeister gab zu bedenken, dass über diese Entscheidung noch einmal nachgedacht werden sollte.

Herr Gebhardt bemerkte, dass es vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben ist, die Mitglieder für fünf Jahre namentlich zu benennen.

Herr Koschig:

Die Mitglieder wurden namentlich benannt.

Frau Grabner:

Die Trägerversammlung ist namentlich benannt. Wie sieht das mit dem Geschäftsführer aus? Wird diese Funktion ausgeschrieben?

Herr Behrens:

Die Trägerversammlung wurde besetzt ...

Diese inhaltliche Besetzung ist vom Gesetzgeber vorgegeben. Beide Träger einigten sich darauf, wer den Geschäftsführer stellt. Da die Stadt den Vorsitz der Trägerversammlung übernimmt, stellt die Agentur den Geschäftsführer. Seitens der Agentur gibt es die Regelung, aus heutiger Sicht Herrn Krause weiter als Geschäftsführer einzusetzen.

Beschlussfassung:

Die „Gründungsbegleitende Vereinbarung nach § 44 b SGB II n. F.“ wird für die gemeinsame Einrichtung (gE) ab 01.01.2011 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7:0:2

**9.3. Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/363/2010/V-50**

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat beschließt für die Dauer seiner Wahlperiode auf der Grundlage des § 14 a der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau die Bildung des Seniorenbeirates.
2. Die Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

9.4. Bildung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/360/2010/V-50

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat beschließt für die Dauer seiner Wahlperiode auf der Grundlage von § 14 a der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau die Bildung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen.
2. Die Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

9.5. Bestätigung der Aufgabenstellung und Bindungsermächtigung für die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/361/2010/VI-61

Die Vorlage lag allen Ausschussmitgliedern zur Information vor.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10. Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Dieser Berichtspunkt wurde aufgrund der Erkrankung der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten von der Tagesordnung genommen.

12. Schließung der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Die Sitzung wurde durch Herrn Gebhardt um 19:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 14.12.2010

Hans-Peter Dreibrodt
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Ingrid Droszoll
Schriftführerin